

Härtel, Hans-Hagen

Article — Digitized Version

Scheinkrieg gegen "Trittbrettfahrer"

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Härtel, Hans-Hagen (1995) : Scheinkrieg gegen "Trittbrettfahrer",
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 75, Iss. 1, pp. 4-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137198>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Mit seinem Vorschlag, tarifvertragliche Leistungen zugunsten der Gewerkschaftsmitglieder zu differenzieren, hat der Hamburger Landesverband der ÖTV gewiß allen Gewerkschaftsführern aus der Seele gesprochen, die sich wegen des Mitgliederschwundes zu einschneidenden Sparmaßnahmen, einschließlich der Kürzung von Einkommen und der Streichung von Stellen, gezwungen sehen. Den Einsichtigen unter ihnen sagt allerdings zugleich ihr Verstand, daß eine Kampagne gegen die „Trittbrettfahrer“, die die Vorzüge der von den Gewerkschaften ausgehandelten Tarifverträge in Anspruch nehmen, ohne sich an den Kosten der Gewerkschaften zu beteiligen, nicht nur wenig aussichtsreich, sondern möglicherweise sogar kontraproduktiv ist.

Im Prinzip waren selbst die Gewerkschaften immer bestrebt, die Geltung der von ihnen ausgehandelten Tarifverträge auf die nicht organisierten Betriebsangehörigen und möglichst auch auf die nicht tarifgebundenen Arbeitgeber zu übertragen, um ihre Mitglieder vor Unterbietungskonkurrenz zu schützen. Der Vorstoß der Hamburger ÖTV zielt deshalb auch nicht auf eine generelle Exklusivität der Tarifverträge. Er zielt vielmehr auf die Vereinbarung von exklusiven Zusatzleistungen, die hoch genug sind, um einen Anreiz für die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zu bieten, aber so gering sind, daß die Arbeitgeber keinen Anlaß sehen, die Mitglieder bei der Einstellung zu diskriminieren.

Dieser Vorstoß ist deswegen wenig aussichtsreich, weil selbst Arbeitgeber, die die Gewerkschaften wegen ihrer Ordnungsfunktion schätzen, die Zusatzleistungen um des Betriebsfriedens willen auch den nicht organisierten Arbeitnehmern gewähren werden oder dazu von den Arbeitsgerichten nach dem Rechtsgrundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gezwungen würden. Kontraproduktiv wäre dieser Vorstoß schon deshalb, weil die organisierten Arbeitnehmer



Hans-Hagen Härtel

Scheinkrieg gegen „Trittbrettfahrer“

dem Arbeitgeber ihre Mitgliedschaft offenbaren müßten. Darüber hinaus können die DGB-Gewerkschaften nicht sicher sein, daß sie und nicht andere bestehende Gewerkschaften von einem Zulauf an Beitrittswilligen profitieren würden. Möglicherweise werden sich viele der zum Beitritt verlockten Arbeitnehmer sogar in neu gegründeten Vereinigungen z.B. auf betrieblicher Ebene organisieren, die bei den Arbeitgebern ihre Tariffähigkeit durchsetzen und den etablierten Organisationen Konkurrenz machen könnten.

Es ist letztlich das einer freiheitlichen Gesellschaft immanente Postulat, die Macht von selbständigen Organisationen durch den Wettbewerb zu begrenzen, welches die etablierten Gewerkschaften davor zurückschrecken läßt, das „Trittbrettfahren“ ernsthaft zu bekämpfen. Sie können mit den nicht organisierten „Trittbrettfahrern“ letztlich besser leben als mit der Konkurrenz neuer Organisationen. Auch die Mithilfe des Staates kann sie aus ihrem Dilemma nicht befreien. Würde etwa der Gesetzgeber zur Sicherung der kollektiven Lohnfindung für alle Arbeitnehmer die Zahlung eines „Gewerkschaftspfennigs“ oder gar die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft obligatorisch machen, so müßte die

Wahlfreiheit gewährleistet bleiben. Verlangten die Gewerkschaften ein gesetzliches Privileg, müßten sie sich – wie jeder geschützte Monopolist – der Staatsaufsicht unterstellen. Dies wäre das Ende freier Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften müssen die Folgen aller möglichen Optionen nur konsequent durchdenken, um zu erkennen, daß sie dem Problem des „Trittbrettfahrens“ nicht defensiv, sondern nur offensiv begegnen können. Sie müssen durch Verbesserung ihres Leistungsangebots dafür sorgen, daß sie für ihre Mitglieder und für potentiell Beitrittswillige attraktiver werden. Es ist schließlich gar nicht ausgemacht, daß für den Mitgliederschwund allein oder auch nur überwiegend Trittbrettfahrermentalität verantwortlich ist. Vermutlich haben sich viele Arbeitnehmer auch aus Unzufriedenheit mit dem Ergebnis oder dem Stil der Gewerkschaftstätigkeit abgewendet. Dabei soll nicht das Dilemma verkannt werden, daß die Gewerkschaften von Inhabern sicherer Arbeitsplätze auch dafür gescholten werden, daß sie zur Sicherung von Arbeitsplätzen in bescheidene Lohnsteigerungen einwilligen. Dem ist entgegenzuhalten, daß für die Massengewerkschaften auf Dauer das Potential zufriedener Mitglieder um so größer ist, je mehr sichere Arbeitsplätze es gibt.

Die Gewerkschaften waren niemals nur ein Kampfverband gegen die Arbeitgeber, sondern verstanden sich auch als Institution, die ihren Mitgliedern Leistungen bereitstellte, die der Markt nur unvollkommen anbot und bei denen die Gewerkschaften aufgrund ihres Wissens und ihrer Organisationsstruktur Wettbewerbsvorteile hatten. In der Besinnung auf diese Tradition liegen mehr Chancen als in der moralischen Empörung über die „Trittbrettfahrer“. Sie muß allerdings mit innovativer Phantasie über ein für die aktuellen und potentiellen Mitglieder attraktives Dienstleistungsangebot verbunden sein.